

Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft

Band 25 • 2018

Franz Steiner Verlag



Im Auftrag der
Hambach-Gesellschaft

HERAUSGEGEBEN VON

Wilhelm Kreutz

Markus Raasch

Karsten Ruppert



JAHRBUCH DER HAMBACH-GESELLSCHAFT

Im Auftrag der Hambach-Gesellschaft

herausgegeben von Wilhelm Kreutz, Markus Raasch und Karsten Ruppert

Redaktion: Karsten Ruppert

Jahrbuch der Hambach-Gesellschaft

Band 25 (2018)

Franz Steiner Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2019

Layout und Herstellung durch den Verlag

Druck: Beltz Grafische Betriebe, Bad Langensalza

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.

Printed in Germany.

ISBN 978-3-515-12392-1 (Print)

ISBN 978-3-515-12397-6 (E-Book)

Inhalt

Vorwort	7
---------------	---

Aufsätze

KARSTEN RUPPERT

Griechischer Freiheitskampf und deutscher Philhellenismus	13
---	----

MARTIN DOSSMANN

Freiburg und das Hambacher Fest

Wie wirkte sich das Hambacher Fest 1832 auf die Universitätsstadt

Freiburg i. Br. aus? Zugleich ein Beitrag zum Leben von Karl von Rotteck

<i>und Philipp Jacob Siebenpfeiffer</i>	45
---	----

JEREMIAS FUCHS

„Gott mehr gehorchen als den Menschen“

Bischof von Kettlers Überlegungen zur Begründbarkeit eines katholischen

<i>Widerstandsrechts im Kulturkampf</i>	55
---	----

WILHELM KREUTZ

Gustav Adolf Lehmann (1855–1926)

<i>Ein vergessener Sozialdemokrat des Kaiserreichs</i>	85
--	----

HENDRIK SCHMEHL

Sterblichkeit der Bevölkerung im Ersten Weltkrieg

<i>Das Beispiel Wiesbaden und die Chance der Digitalisierung</i>	109
--	-----

LILIAN ZAFIRI

„... und sie prügeln sich mit Zitronenkisten“

Gewaltausbrüche und Unruhen in Mannheim in den Anfangsjahren

<i>der Weimarer Republik</i>	139
------------------------------------	-----

Inhalt

JULIA KREUZBURG

Die „Weinbetrüger“-Prozesse in Rheinhessen

Zur „Arisierung“ des jüdischen Weinhandels 165

Forum

Quo, vadis, Europa? Die Zukunft Europas

Referate der Tagung der Hambach-Gesellschaft vom 5. November 2017 195

PHILIPP GASSERT: Die Zukunft Europas – aus britischer Sicht 195

JOHANNES M. BECKER: Quo vadis Europa? Ein Blick auf Frankreich 205

PETER OLIVER LOEW: Polen und Europa, keine einfache Geschichte 209

Verzeichnis der Verfasserinnen und Verfasser 215

Vorwort

Die 1986 gegründete „Hambach-Gesellschaft für historische Forschung und politische Bildung e. V.“ pflegt das Vermächtnis des Hambacher Fests von 1832. Sie setzt sich daher ein für die Festigung der parlamentarischen Demokratie, die Sicherung der Grund- und Freiheitsrechte in einem sozialen Rechtsstaat und die Förderung des Europagedankens. Sie fördert die historische und politische Bildung durch öffentliche Vorträge und Kolloquien. Hingegen ist das Jahrbuch mehr der Veröffentlichung von Studien zur historischen wie zeitgeschichtlichen Forschung vorbehalten. Ein Schwerpunkt liegt auf den Themen, die in den zahlreichen Reden des Hambacher Festes angesprochen wurden, und auf den demokratischen wie liberalen Bewegungen, die es veranstaltet haben, den Herausforderungen, denen sie sich stellen mussten, und den Gefährdungen, denen sie ausgesetzt waren. Dieses breite Spektrum wird auch wieder in dem vorliegenden Band abgedeckt. Mit Genugtuung kann die Gesellschaft darauf zurückblicken, dass sie sich mit ihren Jahrbüchern jetzt seit einem Vierteljahrhundert in die geschichtswissenschaftlichen Debatten einmischt und zur Festigung des demokratischen Bewusstseins beiträgt.

Ihrem Auftrag zur politischen Bildung im Sinne der Hambacher Tradition kommt die Gesellschaft vor allem durch die Podiumsdiskussionen auf dem Hambacher Schloss nach. Hier vertiefen ausgewiesene Vertreter aus Wissenschaft, Politik und Publizistik im Dialog mit dem Publikum aktuelle Themen, die der Gesellschaft ein besonderes Anliegen sind. Deswegen hat sie am 5. November 2017 zu einer gut besuchten Veranstaltung über die Zukunft Europas auf das Hambacher Schloss eingeladen. Die Referenten haben ihre Statements dankenswerterweise anschließend schriftlich vorgelegt, so dass sie hier in der jeweils eingereichten Fassung in der Abteilung FORUM abgedruckt werden können.

Philipp Gassert, Professor für Zeitgeschichte an der Universität Mannheim deutet das knappe Ergebnis der Volksabstimmung vom 23. Juni 2016 für einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union aus der Geschichte des Landes seit dem Zweiten Weltkrieg. Mehr als üblich stellt er dabei auf kulturelle Denkmuster und kollektivpsychologische Tiefenströmungen ab. Er glaubt, dass die Europäische Union über diesen Rückschlag nur hinwegkommt, wenn es ihr gelingt, ihre Grundanliegen, die inzwischen durch die Alltagsquerelen verdrängt zu sein scheinen, den europäischen Bürgern wieder stärker zu verdeutlichen.

Dass auch Frankreich sich ähnlich wie Großbritannien vor allem als autonomer Nationalstaats verstand und daher einen weiten und nicht selten schmerzhaften Weg nach Europa gehen musste, legt der Friedens- und Konfliktforscher *Johannes Maria Becker* von der Universität Marburg thesenhaft dar. Die Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die Verschiebung der mächtropolitischen Gewichte hätten den Weg geebnet. Dazu kam sowohl die Furcht vor dem mächtigen Nachbarn und die Hoffnung, ihn in einem europäischen Wirtschafts- und Sicherheitssystem zu domestizieren.

Peter Oliver Loew, der sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Polen Institut seit Jahren mit Geschichte und Gegenwart von Deutschlands östlichem Nachbarn beschäftigt, unterstreicht, dass dessen Wendung nach Europa mit der Aufnahme in die NATO 1999 und in die Europäische Union 2004 nicht selbstverständlich gewesen sei. Einerseits hätten dem nationalpolnische Traditionen entgegengestanden, andererseits aber habe das Sicherheitsbedürfnis und die Aufbruchstimmung zu Beginn des Jahrhunderts diesen Gedanken außerordentlich populär gemacht. Aus diesen sich widerstreitenden Vorbedingungen heraus wird das ausführlich geschilderte Verhältnis des gegenwärtigen Polen zur Europäischen Union analysiert. Dabei wird sicherlich zu Recht darauf verwiesen, dass zwischen den jeweiligen Regierungen und Parteien einerseits und der stets europafreundlichen Mehrheit der Bevölkerung andererseits unterschieden werden muss. Wie *Philipp Gassert* erhofft sich auch *Peter Oliver Loew* von nachhaltigen Strukturreformen der Union einen neuen Aufbruch.

Die beiden ersten Aufsätze widmen sich dem Hambacher Fest bzw. seiner Vorgeschichte. Denn dazu gehört ohne Zweifel die philhellenische Bewegung, wie sie sich im Deutschen Bund zwischen 1821 und 1823 wie erneut ab 1825 formiert hat. Sie scheiterte mit ihrem eigentlichen Anliegen, nämlich die nachhaltige Unterstützung des Kampfes der Griechen gegen ihre osmanischen Besatzer. Dennoch war sie eine bisher in ihrer Bedeutung unterschätzte Bewegung. *Karsten Ruppert*, trägt diese These hier vor, indem er die militärischen und politischen Vorgänge in Griechenland eng mit der Reaktion des deutschen und europäischen Philhellenismus darauf verknüpft und dabei die Bedeutung der Pfalz gebührend berücksichtigt. Er führt für seine Sicht vor allem zwei Argumente an. Zum einen habe die sich unpolitisch gebende Bewegung Liberalen und Demokraten in der Phase verstärkter Reaktionspolitik des Deutschen Bundes die Möglichkeit bundes- wie europaweiter Organisation und öffentlicher Betätigung gegeben. Zum anderen sei der Philhellenismus die erste Bürgerinitiative in der Außenpolitik in Deutschland, vielleicht sogar in Europa gewesen. Ihr gelang es, die Großmächte, die im Aufstand der Griechen bisher eine Gefahr für die europäische Nachkriegsordnung gesehen hatten, zu einer Intervention zu deren Gunsten zu bewegen.

Martin Dossmann schildert ein wenig bekanntes Ereignis im Umfeld des Hambacher Festes. Da Freiburger Professoren und Studenten eine Reise zum Hambacher Fest verboten war, veranstalten sie am selben Tag (27. Mai 1832) ein „vaterländisches Fest“ bei Freiburg. Während Philipp Jakob Siebenpfeiffer die Eröffnungsrede auf dem

Hambacher Schloss hielt, war der Student Josef Bader Hauptredner beim kleineren Freiburger Fest. Bei einem späteren Fest in Badenweiler trug Professor Karl von Rotteck, führender Kopf der liberalen Bewegung in Baden, die Rede vor, die er wegen des Reiseverbots nicht in Hambach halten konnte. Die Reden, deren wesentliche Textpassagen eingeflochten sind, zeigen abweichende Standpunkte zur Frage, ob Einheit oder Freiheit wichtiger sei. Der Beitrag führt Informationen aus unterschiedlichen Quellen zusammen, so dass ein abgerundetes Bild von den Freiburger Ereignissen im Sommer 1832 entsteht.

Im Mittelpunkt des Beitrags von *Wilhelm Kreutz* steht der für die erste Generation der deutschen Sozialdemokraten exemplarische Lebensweg Gustav (Adolf) Lehmanns. Am 3. November 1855 im brandenburgischen Görsdorf geboren, schloss er nach dem Besuch der Volksschule eine Tischlerlehre mit der Gesellenprüfung ab. Anfang der 1880er Jahre trat er in Düsseldorf einem Tischlerverein und Arbeiterbildungsverein bei, den Keimzellen des sozialdemokratischen Ortsvereins. Während der Sozialistengesetze für mehrere Monate inhaftiert, avancierte Lehmann ab 1890 in Dortmund zum Redakteur parteieigener Periodika, übersiedelte nach innerparteilichen Querelen nach Mannheim, wo er als Buchhalter und Akquisiteur der „Volksstimme“ arbeitete. Nach einigen erfolglosen Kandidaturen gelang es ihm 1907, für den Wahlkreis Wiesbaden in den Reichstag einzuziehen. Von 1905 bis 1919 war er Mitglied im Mannheimer Bürgerausschuss, von 1903 bis 1909 Abgeordneter des badischen Landtags. Hier profilierte er sich als entschiedener Gegner der Großblockpolitik Ludwig Franks, schloss sich allerdings nicht der USPD an. Nach dem Ersten Weltkrieg in der MSPD politisch isoliert schwand sein Einfluss rasch. Er starb 1926 in der Pflegeanstalt Illenau im badischen Achern.

Den Herausgebern des Hambach Jahrbuchs ist es ein besonderes Anliegen, jüngeren Wissenschaftlern die Möglichkeit einzuräumen, erste Forschungsergebnisse zu veröffentlichen. Auch in diesem Jahrbuch sind sie wieder gut vertreten. Den Reigen eröffnet *Jeremias Fuchs*, der anhand der Überlegungen Wilhelm Emmanuel von Kettlers, wie sie sich in der Edition seiner Schriften und Briefe niedergeschlagen haben, herausarbeitet, wie der politisierende Mainzer Bischof, ein katholisches Widerstandsrecht im Kontext des Kulturkampfes begründet hat. Grundlegend dafür ist der konsequent legalistische Ansatz, nach dem sowohl eine akteursspezifische als auch eine allgemeine Begründung darauf abzielen sollen, Widerstand entweder als legale bzw. legitime Wahrnehmung eigener Rechte darzustellen oder dem Staat unrechtmäßiges Handeln nachzuweisen. Vom Staat als widerständig auffassbares Verhalten wird somit von katholischer Seite zu einem nicht sanktionswürdigen Verhalten erklärt, sei es wegen der erklärten Rechtmäßigkeit eigenen Handelns oder eben durch Erklärung der Kirchengesetze zu unbeachtlichem „Nichtrecht“.

Hendrik Schmehl präsentiert Erkenntnisse aus seiner Dissertation über die Kurstadt Wiesbaden im Ersten Weltkrieg. Durch die quantitative Auswertung digitalisierter Sterberegister kann er die Forschung zur Sterblichkeit der deutschen Zivilbevölke-

rung während des Weltkriegs vertiefen. Die Sterblichkeit habe in der Unterschicht deutlich stärker zugenommen als in der Mittel- und Oberschicht. Der Zusammenbruch der Versorgung im Frühsommer 1917 falle zeitlich nicht mit dem stärksten Anstieg der Sterblichkeit zusammen, sondern dieser korreliere stärker mit einer Phase empfindlicher Kälte bei gleichzeitiger Einschränkung der Kohleversorgung. Es bestätigt sich auch für Wiesbaden, dass die Spanische Grippe insbesondere unter jüngeren Menschen massiv gewütet habe. Aussagen über die Kindersterblichkeit bleiben unsicher, da es den Anschein hat, dass die amtliche Statistik in dieser Hinsicht manipuliert worden sei.

Der Aufsatz von *Lilian Zafiri* schließt daran an, indem sie Gewaltausbrüche im Zusammenhang mit der Verknappung von Lebensmitteln in der unmittelbaren Nachkriegszeit in Mannheim untersucht. Da es bei solchen Unruhen mehr um Nahrung des gehobenen Bedarfs gegangen ist, werden sie als Ausdruck persönlicher und politischer Frustration gesehen. Solche Zwischenfälle hätten den fragilen und krisengeprägten Nachkriegsalltag in der Stadt mehr gefährdet als die bekannten politischen Ausschreitungen.

Die Studie von *Julia Kreuzburg* ist ein Beitrag zu einem Feld, mit dem sich die Forschung zum nationalsozialistischen Reich seit einigen Jahren verstärkt befasst. Sie untersucht exemplarisch am Beispiel von drei „Weinbetrüger“-Prozessen gegen jüdische Unternehmen in Mainz die „Arisierung“ des rheinhessischen Weinhandels. Auf der Grundlage von Akten aus Rückerstattungsverfahren sowie privaten Nachlässen und Memoiren und unter Auswertung von Zeitungen wird das Zusammenspiel von Justiz und Medien herausgearbeitet, um das Ansehen jüdischer Weinhändler zu zerstören und sie finanziell zu ruinieren.

Mechtersheim im Januar 2019

Karsten Ruppert

AUFSÄTZE

Griechischer Freiheitskampf und deutscher Philhellenismus

KARSTEN RUPPERT

I. Die griechische Bevölkerung vor dem Aufstand

Nach einer über 400-jährigen Fremdherrschaft der Osmanen bestand das Griechentum zu Beginn des 19. Jahrhunderts nur noch in der gemeinsamen Sprache und Religion. Deren institutionelles Rückgrat war die orthodoxe Kirche des Patriarchen von Konstantinopel, dem geistlichen Oberhaupt aller im Osmanischen Reich lebenden orthodoxen Gläubigen. Da es ein Prinzip der osmanischen Herrschaft gewesen war, das Vielvölkerreich mit seinen unterschiedlichen Kulturen und Religionen auch entlang dieser zu organisieren und zu beherrschen, hatten die orthodoxe Kirche wie auch die anderen Religionsgemeinschaften eine privilegierte Stellung mit Selbstverwaltung, Steuerbefreiung und kultureller Autonomie zu diesem Zweck erhalten.¹ Obwohl während des Freiheitskampfes und Bürgerkriegs die Vorrangstellung des orthodoxen Christentums von keiner Seite angezweifelt wurde, blieb die Kirche auf Distanz wegen der westlichen Ideen, die sich die Nationalversammlungen zu eigen machten.

Die Griechen zeichnete ein robustes Überlegenheitsgefühl gegenüber ihren Beherrschern aus. Es speiste sich aus der glorreichen Vergangenheit der Antike wie des Byzantinischen Reichs, der Religion und nicht zuletzt der Tatsache, dass sie in Gesellschaft, Wirtschaft und Staatsverwaltung führende Positionen einnahmen. Freilich hatte die Fremdherrschaft auch Verhaltensweisen wie Verschlagenheit, egoistische Rücksichtslosigkeit, Geheimbündelei, fehlendes Rechtsbewusstsein, Klientelismus und Korruption gefördert. Diese erwiesen sich bei der Konstituierung einer griechischen Nation ebenso als schwerer Ballast wie das mangelnde über das Lokale hinausgehende Gemeinschaftsbewusstsein, zumal dieses die Eliten ebenso prägte wie die einfachen

¹ *Johannes Gaitanides* [u. a.], *Griechenland ohne Säulen*. Überarb. u. erg. Neuausg. München 1990, 140 f.

Bauern. Das Kernland dieser griechischen Gemeinschaft war das klassische griechische Siedlungsgebiet, das in drei deutlich unterscheidbare Landschaften zerfiel.²

Die einwohnerreichste Region war der Peloponnes (Morea). Die einheimische Landbevölkerung war mit einem beträchtlichen Teil muslimischer Türken durchmischt, die auch die Besatzungen in den Festungen stellten. Soweit sie nicht selbst Kleinbauern oder Pächter waren, arbeiteten die griechischen Bauern auf türkischen Staatsgütern in einem Status, der dem der Leibeigenen vergleichbar war. Der griechischen Bevölkerung war eine beträchtliche Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden übertragen worden und sie stellte die Steuerpächter. Diese waren oft die Großgrundbesitzer der Gegend. Meist stellten diese auch die Anführer der Klientelverbände, die unverzichtbar waren für das Überleben und die Bewältigung des Alltags der autochthonen Bevölkerung. Diese „Kotzabasides“ waren zu einem festen Bestandteil der osmanischen Herrschaft geworden.³ Ihr Wunsch, die bestehenden Besitzverhältnisse zu erhalten, hielt sie auf Distanz zum Aufstand, zwang sie aber in dessen Verlauf hinein, um ihre Interessen zu wahren.

Auf der Peloponnes wie auf dem Festland und nördlich des Golfes von Korinth (Rumelien) waren nach der türkischen Eroberung die so genannten „Kleftenbänden“ entstanden, die sowohl einen Kleinkrieg gegen die Besatzer führten als auch in Überfällen aus den Bergen heraus unterschiedslos Christen wie Moslems heimsuchten.⁴ Diese Plage zu bekämpfen, hatten die Osmanen den Griechen überlassen, indem sie durch Steuerbefreiung, Übertragung von Militärgütern und die Stellung von Ausrüstungen die Bildung einer christlichen Miliz („Armatolen“) förderten. Neben den Besatzern waren sie der entscheidende Machtfaktor auf dem Festland. Ihre Angehörigen betätigten sich in Handel und Viehzucht und ihre Anführer hatten eine enge Beziehungen zur muslimischen Oberschicht. Kleften und Armatolen waren das Rückgrat der Truppen des Aufstandes, in dessen Verlauf sie auch ein nicht mehr zu ignorierender politischer Machtfaktor wurden. Aufgrund ihrer bisherigen Kampfweise ließen sie sich aber nicht in militärische Kommandostrukturen und in die Disziplin regulärer Kampfverbände einbinden.⁵ Das hat dem gesamten Kriegsverlauf seinen Stempel aufgedrückt.

Auf den Inseln der Ägäis gab es keine türkischen Garnisonen. Die Verwaltung lag in der Hand der Christen. Hier gab es ein deutlich erkennbares und auch starkes Bürgertum, das seinen Reichtum aus dem Handel in der Levante, dem Schwarzmeer und

- 2 Das Folgende nach *Ioannis Zelepos*, Griechenland, in: Werner Daum u. a. (Hrsg.), Handbuch der europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Bd. 2: 1815–1847. Bonn 2012, 1401 und *Gunnar Hering*, Die politischen Parteien in Griechenland, 1821–1936. 2 Bände. (Südosteuropäische Arbeiten, Bd. 90). München 1992, 53 ff.
- 3 *Edgar Hösch*, Griechenland in der Politik der Großmächte, in: Reinhold Baumstark (Hrsg.), Das neue Hellas. Griechen und Bayern zur Zeit Ludwigs I. München 1999, 35.
- 4 *Paulos Tzermias*, Neugriechische Geschichte. Eine Einführung. 2. überarb. u. erw. Aufl. Tübingen 1993, 74 f.
- 5 *Hösch*, Großmächte (wie Anm. 3), 35 f.

mit Südrussland gewonnen hatte, lange in Konkurrenz mit Venedig und anderen europäischen Großmächten. Hier waren meist die Reeder und Kaufleute die Häupter der Klientelverbände, die aus materiell direkt von ihnen Abhängigen bestanden. Sie waren auch die Eigentümer der beträchtlichen Flotte von Schiffen, von denen der größte Teil wegen der ständig drohenden Piraterie armiert war und daher während des Aufstands auch im Kampf eingesetzt werden konnte.⁶

Von keinesfalls geringerer Bedeutung waren die Griechen der Diaspora.⁷ Denn zusammen mit den Großgrundbesitzern der Peloponnes und den Kaufleuten wie Reedern der Inseln stellten sie die Elite. Sie waren im gesamten Osmanischen Reich mit einem Schwerpunkt auf dem Balkan verbreitet. Sie waren meist als Kaufleute, Ärzte wie Dolmetscher tätig. Einige lebten auch als Großhändler im christlichen Europa und vor allen Dingen in Russland, wo sie in Militär und Verwaltung beachtliche Karrieren machten. Für diese Mächte haben die vielen außerordentlich sprachkundigen Griechen im Osmanischen Reich oft die Tätigkeit eines Konsuls ausgeübt. Zu dieser Elite sind auch noch die „Phanarioten“ zu zählen. Dies waren meist Nachfahren der byzantinischen Aristokratie, die nach der Eroberung des Reiches durch die Türken Macht und Besitz verloren hatten. Sie behielten aber die führenden Positionen in der orthodoxen Kirche und waren dann aber wieder im Handel und vor allen Dingen in den Spitzenpositionen des Osmanischen Reiches zu Einfluss gekommen.

Aus den Griechen der Diaspora war auch der Freundschaftsbund der „Philiki Etairia“ hervorgegangen.⁸ Er war 1814 in der griechischen Gemeinde des Schwarzmeereshafens Odessa gegründet worden und hatte über seine ersten führenden Mitglieder auch Verbindungen zu griechischen Freimaurerlogen.⁹ Dieser Bund, mit Filialen in zahlreichen Handelsstädten der Diaspora mit griechischen Gemeinden, bestand zum überwiegenden Teil aus Kaufleuten. Daneben zählte er aber auch Lehrer, Ärzte, Studenten und Angestellte sowie einige Kleriker und Offiziere zu seinen Mitgliedern. Er war aber nicht nur Rückhalt der griechischen Diasporagemeinden, sondern er hielt auch Verbindung zu den Eliten zu Hause.¹⁰ Politisch ist er nicht ohne weiteres mit den Geheimbünden in Europa und Russland gleichzusetzen.¹¹ Denn er arbeitete nicht aktiv auf einen Umsturz hin, sondern vorrangig auf eine Modernisierung der griechischen Verhältnisse, ein Anliegen, das mit dem Schlagwort von der Erweckung Griechenlands umschrieben wurde.

6 Vgl. auch *Richard Clogg*, Geschichte Griechenlands im 19. und 20. Jahrhundert. Ein Abriss. Köln 1971, 40.

7 *Douglas Dakin*, *The Greek Struggle for Independence, 1821–1833*. London 1973, 9 ff.

8 Ausführlich *George D. Frangos*, *The Philiki Etairia. A Premature National Coalition*, in: *Richard Clogg* (Hrsg.), *The Struggle for Greek Independence*. London 1973, 87 ff.

9 *Dakin*, *Greek Struggle* (wie Anm. 7), 42 f.

10 Nach *Gaitinides*, Griechenland ohne Säulen (wie Anm. 1) 144 sollen etwa 200 000 von rund 3 Millionen Griechen dem Bund angehört haben!

11 *Frangos*, *Philiki Etairia* (wie Anm. 8), 95, 100.

Er wurde zum wichtigsten Verbreiter von Erfahrungen in Europa und dessen politischen Ideen von Aufklärung, Revolution und Nation. Diese konkurrierten mit Vorstellungen, die zur Theokratie des byzantinischen Reiches und dessen politischen wie gesellschaftlichen Verhältnissen zurück wollten. Sie gingen vor allem auf den starken Anteil der russischen Griechen in den Führungspositionen des Freundschaftsbundes zurück, der, entsprechend ermuntert, bei allem was kommen sollte, auf Unterstützung durch den Zaren setzte. So sehr die „Philiki Etairia“ ein Ferment auf dem Weg zum griechischen Aufstand war, so hat sie danach keine Rolle mehr gespielt. Denn sie hielt nur so lange zusammen wie die politischen Gegensätze in ihren Reihen, die von einem oligarchischen Konservatismus über einen gemäßigten Liberalismus bis hin zu einem radikalen Republikanismus reichten, von dem Selbstbehauptungswillen der Diaspora-Griechen überdeckt wurde.

Als Folge der osmanischen Herrschaft war in der christlich-griechischen Bevölkerung also eine komplexe und widersprüchliche Interessenlage entstanden, aus der ganz unterschiedliche Erwartungen an den Aufstand entsprangen. Diese haben jenseits des gemeinsamen Zieles, die osmanische Herrschaft abzuschütteln, politische Kompromisse erkennbar erschwert. Die Griechen waren, selbst als sie sich der Freiheit und Souveränität erfreuen konnten, noch längst nicht zu einer Nation zusammengewachsen.¹²

II. Die Ursachen des Aufstands

Die Ursachen für den griechischen Aufstand waren vielfältig. An der Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert erlebte der Peloponnes einen Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion und ein Anwachsen des Imports wie des Exports. Die türkischen Gouverneure der Halbinsel zogen vermehrt Christen für öffentliche Aufgaben heran. Ähnlich lagen die Verhältnisse in Mittelgriechenland. Kaufleute und Reeder der Inseln erlebten in derselben Zeit einen solchen wirtschaftlichen Aufschwung, dass sich eine bürgerliche Oberschicht bilden konnte. Diese Entwicklung brach nach 1815 dramatisch ein. Die peloponnesischen Grundbesitzer verschuldeten sich immer mehr bei den Türken. Auf den Inseln sanken die Umsätze der Kaufleute wie die Renditen der Reeder und die Masse der Matrosen wurde arbeitslos. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung delegitimierten die traditionellen Gebrechen des Osmanischen Reiches wie Zurücksetzung der Christen, Willkür, Korruption und Ämterkauf, weil sich unter den Eliten die Ideen der persönlichen Freiheit und des Rechtsstaates verbreitet hatten.¹³ Die politischen Systeme Europas erschienen als Alternative am Horizont.

12 Hösch, *Großmächte* (wie Anm. 3), 35 f.

13 *Gunmar Hering*, Zum Problem der Ursachen nationaler Erhebungen am Anfang des 19. Jahrhunderts, in: Christo. Choljolev u. a. (Hrsg.), *Nationalrevolutionäre Bewegungen in Südosteuropa im 19. Jahrhundert*. München 1992, 20 ff.

Die Masse der Bauern war durch das Anwachsen des muslimischen und christlichen Grundbesitzes im 18. Jahrhundert noch zusätzlich verarmt. Die Zahl der landlosen Tagelöhner wuchs ebenso wie Größe und Anzahl der Räuberbanden.¹⁴ Sie alle verbanden mit der Befreiung vor allem die Hoffnung auf die Übertragung türkischen Staatsbesitzes und von Muslimen bebauten Landes. Auf der Peloponnes waren zwei Drittel des kultivierten Bodens in der Hand einer türkischen Bevölkerung von 14 %.¹⁵ Der Streit zwischen den griechischen Kleinbauern und den Honoratioren des Landes um diese Beute wurde eine der wichtigsten Ursachen für den griechischen Bürgerkrieg, der dem Aufstand folgte!

Eine weitere Ursache der Erhebung war die fortgesetzte Destabilisierung des Osmanischen Reiches durch die Kriege gegen Russland und die Kämpfe gegen unbotmäßige Statthalter im Innern. Einer der aufsässigen war Ali Pascha von Janinna. Er war am Vorabend des Aufstandes seinem Ziel eines albanisch-griechischen von der Pforte unabhängigen Reiches bedrohlich nahe gekommen.¹⁶ Solche Auseinandersetzungen im europäischen Teil des Reiches waren immer wieder Gelegenheiten für ethnische Minderheiten zur Revolte gewesen. So war es den Serben bis 1817 gelungen, den Status eines halbautonomen Vasallenstaates zu erreichen und die Fürstentümer Moldau und Walachei waren Protektorate des Zaren geworden.¹⁷

III. Der Ausbruch des Aufstandes

Daher war es auch kein Zufall, dass die Initialzündung von Gebieten schwacher osmanischer Herrschaft ausging. Der Phanariot Alexander Ypsilantis, der Kopf der „Philiki Etairia“, der als Adjutant beim Zaren diente, drang im März 1821 über Bessarabien in die halbautonomen Donau-Fürstentümer ein mit der völlig überzogenen Absicht, einen Grundstein für die Wiedererrichtung des byzantinischen Reichs zu legen. Seine Hoffnung, dass sich sowohl deren Bewohner als auch die Serben anschließen würden, wurde ebenso enttäuscht wie seine Zuversicht, dass die osmanische Reichsarmee durch den Kampf gegen Ali Pascha so sehr gebunden würde, dass seine kleine zusammengewürfelte Truppe erste Erfolge erringen könne. Vor allem aber hatte er die außenpolitische Situation vollkommen falsch eingeschätzt. Der österreichische Staatskanzler und Schöpfer der Wiener Nachkriegsordnung Clemens Fürst Metternich nahm das Unternehmen nur als den Beginn einer Rebellion gegen das Osmanische

14 *Tzermias*, Neugriechische Geschichte (wie Anm. 4), 73 f.

15 *Hering*, Problem (wie Anm. 13) 27.

16 *David Brewer*, The Greek War of Independence. The Struggle for Freedom from Ottoman Oppression and the Birth of the modern Greek Nation. Woodstock, N. Y. [u. a.] 2001, 36 ff.

17 *Wolfgang von Hippel / Bernhard Stier*, Reform und Revolution 1800–1850. (Handbuch der Geschichte Europas 7). Stuttgart, 2012, 254 f.

Reich wahr, in dem er einen berechenbaren Nachbarn und Ordnungsfaktor im östlichen Mittelmeerraum sah.¹⁸ England brauchte an den Meerengen eine starke Türkei gegen Russland, Frankreich wollte seine Interessen in dem noch türkischen Ägypten nicht gefährden und selbst der Zar traute dem Unternehmen nicht.¹⁹ Schon im Juni machten die osmanischen Streitkräfte diesem Abenteuer ein Ende.²⁰ Seine Bedeutung bestand aber darin, dass dadurch sporadisch Aufstände auf der Peloponnes ausgelöst wurden. Sie gingen in organisierte Freiheitskämpfe der allein auf sich gestellten Griechen über, in deren Verlauf bis zum Ende des Jahres die Halbinsel weitgehend von der Herrschaft der Türken befreit wurde, da diese sich zunächst auf den Kampf gegen den als gefährlicher eingeschätzten Ali Pascha konzentrierten.

So hatte der griechische Freiheitskampf begonnen, dessen Ursache im Innern, nämlich in der osmanischen Herrschaft lagen, dessen Ziele aber, Verfassung und Nation, von außen herangetragen worden waren. Er verband zum ersten Mal die unterschiedlichen sozialen Schichten und Gemeinschaften des Griechentums miteinander. Die Elite der Diaspora hatte die Ideen und politischen Konzepte aus Europa vermittelt und prägten dort das Bild von den Kämpfen, was für deren Ausgang mit entscheidend wurde. Kaufleute und Reeder der Inseln stellten die Schiffe und finanzierten die Rüstung. Die kampferprobte Landbevölkerung des rumelischen Festlandes stellte zusammen mit der des Peloponnes das Rückgrat der kämpfenden Truppe. Mit der nicht unerheblichen Folge, dass diese Freischärler unabhängig voneinander agierten, ihr Zusammenhalt und Einsatz im Wesentlichen auf der persönlichen und daher oft wechselhaften Loyalität der Mannschaften gegenüber ihren jeweiligen Anführern, den so genannten „Kapitanei“ beruhte. Das brachte den Aufstand nicht nur einige Jahre später fast zum Scheitern, sondern war auch ein massives Hindernis für die Zentralisierung der revolutionären Staatsgewalt.

Aus dem Zusammenwirken der griechischen Regionen und sozialen Schichten resultierte zwar eine beachtliche militärische Schlagkraft, doch lagen hier andererseits auch alle Probleme der Zukunft. Für die Mehrheit aller Schichten von den Eliten über die Militärführer bis zu den Bauern war kennzeichnend, dass sie politisch und mental so sehr in ihren Regionen verwurzelt waren, dass ihnen darüber hinausgehende Aspekte fremd waren und sie so gut wie nie zu übergreifenden Kompromissen gelangten. Dazu kam, dass die sozialen Vorstellungen der entscheidenden Kräfte weit auseinanderklafften.²¹ Die griechische Oberschicht wollte eine osmanische Gesellschaft ohne Türken. Die militärische Klasse kämpfte vor allem für sich selbst; sie wollte so viele kleine Satrapien wie möglich und Beute für sich und ihre Soldaten. Die Kleinbauern und Pächter wollten nur ihr Los verbessern, die Belastungen los werden, ihr Land ver-

18 Hösch, *Großmächte* (wie Anm. 3), 33.

19 *Gaitinides*, *Griechenland ohne Säulen* (wie Anm. 1), 146 ff.

20 Clogg, *Geschichte Griechenlands* (wie Anm. 6), 51 ff.

21 Brewer, *War of Independence* (wie Anm. 16), 124 ff.

größern und aufsteigen. Die Armen der Städte und des Landes hatten keine Führer. Kein Intellektueller oder Politiker trat in ihrem Namen auf.²²

In der frühen Phase des Aufstands haben die lokalen Autoritäten versucht, die Leitung des Krieges in die Hand zu bekommen. Zu diesem Zweck sind auf der Peloponnes verschiedene lokale „Regierungen“, „Parlamente“ und Ephorien gegründet worden. Im Sommer wurde von den lokalen Honoratioren ein Versuch gestartet, eine Gesamtregierung für die Peloponnes zustande zu bringen. Da aber die bereits bestehenden Autoritäten darauf zurückhaltend reagierten, wurde nur eine Versammlung von Notabeln, der „Peloponnesische Senat“, gegründet. Er erfüllte insofern schon die Aufgaben einer provisorischen Regierung, als er erste Koordinierungs- und Hilfsmaßnahmen ergriff.

Für die den Senat dominierenden „Archonten“ war nicht weniger wichtig, dass sie damit den ehrgeizigen Plänen des Abgesandten der „Philiki Etairia“, Demitrios Ypsilantis, Schranken gesetzt hatten. Denn er war von seinem Bruder Alexander, der inzwischen in österreichische Gefangenschaft geraten war, als Beauftragter der „Philiki Etairia“ ins Aufstandsgebiet geschickt worden. Der General in russischen Diensten hat mit dem Selbstbewusstsein des Phanarioten sofort den militärischen Oberbefehl für sich beansprucht und schon mit Blick auf eine gesamtgriechische Regierung die Grundlagen für seine plebiszitäre Einmannherrschaft gelegt. Diese stand im krassen Gegensatz zu dem Regierungskollegium der Gleichen, das nur jeweils für ein Jahr die Macht ausüben sollte. Daher vertrieben die Archonten Ypsilantis. Doch mussten sie ihn auf Druck der Bauern, die sich von ihm eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen erhofften, und der Kleften, die sich von ihm Unterstützung in der politischen Auseinandersetzung gegen die Oberschicht versprachen, zurückrufen.²³ Ypsilantis richtete eine eigene Regierung und ein Hauptquartier ein, das mit dem Senat darüber stritt, wer die nachgeordneten Behörden kontrollieren sollte.²⁴

Auf eigene Faust, teils schon mit philhellenischer Unterstützung, war der Phanariot Alexandros Mavrokordatos auf der Peloponnes gelandet. Auch er konzipierte mit keinem größeren Erfolg wie sein Konkurrent Ypsilantis gesamtstaatliche Strukturen für die Halbinsel schon mit Blick auf den kommenden Nationalstaat. Sein Konzept unterschied sich von dem von Ypsilantis darin, dass die lokalen Kräfte mehr eingebunden werden sollten und es sich in antirussischer Tendenz stärker an Westeuropa orientierte.²⁵

Während auf den Inseln, wo Ypsilantis ebenfalls vergeblich versuchte, überregionale Strukturen durchzusetzen, zunächst die alten Klientelverbände intakt blieben, bildeten sich im Westen und Osten des rumelischen Festland ebenfalls kollektive parlaments-

22 Dakin, *Greek Struggle* (wie Anm. 7), 78.

23 Hering, *Politische Parteien* (wie Anm. 2), 64 ff.

24 Dakin, *Greek Struggle* (wie Anm. 7), 78 ff.

25 Dakin, *Greek Struggle* (wie Anm. 7), 80 f.

ähnliche Regierungsorgane in der Hand der bisherigen politischen und gesellschaftlichen Eliten. Doch blieben deren Handlungsmöglichkeiten wie auf dem Peloponnes stark begrenzt, da sie die Anführer der Freischärler nicht in den Griff bekamen. Deren politisches Gewicht war durch die erfolgreichen Kämpfe erkennbar gewachsen, so dass sie auch auf einem entsprechenden größeren politischen Einfluss bestanden, um soziale Forderungen für sich und ihre Soldaten durchzusetzen.²⁶ Teilweise traten sie auch als die Vertreter der ländlichen Unterschichten auf. So prallten von Anfang an die Gegensätze der Verfassungsmodelle einer plebiszitär abgestützten Diktatur mit starker Zentralisierung der zivilen und militärischen Macht, wie sie Ypsilantis vorschwebte, mit dem Modell der oligarchischen Herrschaft, abgestützt durch eine regionale und lokale Selbstverwaltung, wie sie die Archonten propagierten, aufeinander. Diese überlagerten sich mit den sozialen Gegensätzen zwischen den Reichen und Großgrundbesitzern einerseits und den ländlichen Unterschichten wie Freischärlern andererseits.²⁷

Es erwies sich also von Anfang an als außerordentlich schwer, eine Zentralgewalt zu errichten. Die bestehenden Gewalten wollten die Macht behalten, die sie in der türkischen Zeit gehabt hatten. Die von außen kommenden Phanarioten, die sich am westlichen Modell orientierten, hatten kein Land, keinen familiären Einfluss und keine lokalen Wurzeln und außer Ypsilantis keinen Massenanhang. Sie wurden aber dennoch anfangs akzeptiert, da sie Ausrüstung und Geld mitbrachten. Sie konnten nur erfolgreich sein, indem sie die Konflikte einerseits zwischen den nun unentbehrlichen und immer mehr mit politischem Anspruch auftretenden Guerillaführern und den traditionellen Führungsschichten wie andererseits zwischen den unterschiedlichen Landesteilen ausnutzten. Nur weil es einige eingeborene Griechen gab, die im nationalen Rahmen dachten, konnten die Außenseiter mit westlicher Orientierung weiterhin an ihrem Projekt eines Nationalstaats arbeiten.²⁸

IV. Die gescheiterte Konsolidierung

Deswegen gelang auch der erste Schritt zur Konstituierung der Nation. Allerdings vor dem Hintergrund, dass der Partikularismus durch den Ausbau regierungsähnlicher Strukturen auf der Peloponnes wie auf dem östlichen und westlichen Festland schon befestigt war.²⁹ Aus diesen drei regionalen Machtzentren wurden im Dezember 1821 Vertreter zur ersten griechischen Nationalversammlung nach Epidauros geschickt,

26 Hering, Politische Parteien (wie Anm. 2), 70 ff.

27 Vgl. auch noch Clogg, Geschichte Griechenlands (wie Anm. 6) 60 f.

28 Dakin, Greek Struggle (wie Anm. 7), 85 f.

29 Karl Mendelssohn Bartholdy, Geschichte Griechenlands. Teil 1: Von der Eroberung Konstantinopels durch die Türken bis zur Seeschlacht bei Navarin. (Staatengeschichte der neuesten Zeit, Bd. 15). Leipzig, 1870, 240 ff.

die von den jeweiligen lokalen Eliten ausgewählt worden waren. Diesen ging es daher auch darum, die Macht der regionalen Regierungen ebenso zu erhalten wie die der jeweiligen politischen Rivalen nicht weiter anwachsen zu lassen. Dennoch kam mit Blick auf die europäische Öffentlichkeit relativ rasch eine Verfassung zustande, die am griechischen Neujahrstag, dem 13. Januar 1822, verkündet wurde.³⁰

Die orthodoxe Kirche wurde zur Staatskirche erklärt, eine eingeschränkte Pressefreiheit garantiert und Rechtsgleichheit versprochen. Die Regierungsorgane waren nach dem Vorbild der französischen Direktorialverfassung von 1795 konzipiert. Zum Präsidenten des nach sozialen wie regionalen Kriterien gewählten Parlament mit Gesetzgebungs- und Budgetrecht wurde Ypsilantis bestimmt. Ihm stand eine Exekutive gegenüber, die Gesetzentwürfe einreichen konnte, das Kabinett zu bilden hatte und für die innere Sicherheit, die auswärtigen Beziehungen wie für das Militär zuständig war. Sie bestand unter dem Vorsitz von Alexandros Mavrokordatos aus fünf Mitgliedern, die aus den Abgeordneten des Parlaments zu wählen waren; dieses Direktorium ernannte wiederum die acht Minister. Während die Gesetze des Parlaments zur Gültigkeit die Zustimmung der Exekutive brauchten, musste diese alle wichtigen Entscheidungen von jenem absegnen lassen.³¹

Da weder die Mehrheitsfindung im fünfköpfigen Direktorium klappte noch die Kooperation zwischen Parlament und Regierung war die zentrale Regierungsebene lahmgelegt, so dass die eigentliche Exekutive weiterhin die regionalen Regierungen inne hatten, die durch die Verfassung legalisiert worden waren.³² Diese blieben die Bühne für heftigste Rivalitäten und politische Wechsel, doch selbst deren Reichweite in zivilen wie militärischen Angelegenheiten war begrenzt. Im Mai 1822 konnte Alexandros Mavrokordatos noch einmal die von Westgriechenland umgestalten. Er wurde Leiter der politischen und militärischen Angelegenheiten und ihm standen einige Minister zur Seite. Obwohl er scheinbar eine fast diktatorische Stellung hatte, verfügte er kaum über Macht außerhalb von Mesolongi.³³

Die Verfassung war auch mit Blick auf die europäischen Mächte entworfen worden. Dabei war der Zweck, Europa eine konstitutionelle Fassade vorzuspielen und die Heilige Allianz davon zu überzeugen, dass die Griechen in der Lage seien, eine konservative Regierung zu gründen. Unter anderem deswegen wurde der religiöse und monarchische Prinzipien hervorgehoben. Die Griechen wollten zeigen, dass sie respektable Revolutionäre waren und keine Carbonnari. Um mehr als das zu tun, dafür waren die regionalen Kräfte, die Militärführer und die Führungsschicht zu stark. Denn

30 Provisorische Verfassung Griechenlands vom 15.1.1822: Peter Brandt [u. a.]. (Hrsg.), Quellen zur europäischen Verfassungsgeschichte im 19. Jahrhundert. Institutionen und Rechtspraxis im gesellschaftlichen Wandel. Teil 2: 1815–1847. Bonn 2010.

31 Vgl. auch noch Brewer, *War of Independence* (wie Anm. 16), 128 ff.

32 Zelepos, *Aufstandsregierungen* (wie Anm. 36). Vgl. auch Mendelssohn Bartholdy, *Geschichte Griechenlands I* (wie Anm. 29), 246 ff.

33 Dakin, *Greek Struggle* (wie Anm. 7), 90.

keine von ihnen wollte eine Regierung unterstützen, die sich nicht für ihre Zwecke instrumentalisieren ließ.³⁴

Nachdem Ali Pascha liquidiert worden war, hat die Pforte vor allem dessen Nachfolger im Laufe des Jahres 1822 den energischen Kampf gegen die griechische Gefahr übertragen. Er wurde unterstützt durch eine osmanische Flotte, die den Verlust ihrer bisherigen erfahrenen griechischen Besatzungen nur unzulänglich hatte wettmachen können. Und obwohl jetzt der Partisanenkampf vermehrt durch offene Feldschlachten abgelöst wurde, gelang kein entscheidender Durchbruch. Bis 1824 konzentrierten sich die Osmanen auf die Verstärkung und Sicherung von etwa einem Dutzend Festungen, die ihnen im Aufstandsgebiet noch verblieben waren.³⁵

Um die Konsequenzen aus der innergriechischen Entwicklung zu ziehen, trat Ende März 1823 die zweite griechische Nationalversammlung in Astros zusammen.³⁶ Die Staatsgewalt wurde gestärkt, indem erstens die Lokalverfassungen des ersten Kriegsjahres außer Kraft gesetzt wurden und zweitens das absolute Veto der Exekutive im Gesetzgebungsverfahren in ein suspensives abgeschwächt wurde. Dies wurde aber von den in der Exekutive vorherrschenden militärischen Parvenüs als ein Sieg der das Parlament dominierenden archontischen Eliten verstanden. Ihnen wurde unterstellt, dass sie die anderen Schichten des Volkes weder am Wohlstand noch an der politischen Macht beteiligen wollten.³⁷ Sie lösten die Nationalversammlung daher im November 1823 gewaltsam auf. Daraufhin konstituierte sie sich in dem Küstenort Kranidi neu und wählte einen Monat später auch eine neue Exekutive.³⁸ Im Januar 1824 haben die Militärs im arkadischen Tripolis ein Parlament und eine zweite Aufstandsregierung gebildet, die vor allen Dingen mit Peloponnesiern besetzt wurde. Da die Regierung von Kranidi vom Ausland als die legitime griechische Exekutive anerkannt wurde, erhielt sie die von englischen Banken mobilisierte Anleihe. Mit deren Hilfe konnte sie die Loyalität ihrer Truppen sichern, die bis zum Juni 1824 ihre Gegner ausschalteten.

Waren die Gründe für den ersten Bürgerkrieg vor allen Dingen die sozialen Konflikte zwischen den besitzenden Archonten und den besitzlosen Freischärlern wie Bauern, hatte der zweite seine Ursache in den landsmannschaftlichen und regionalen Gegensätzen. Die infolge des ersten Bürgerkriegs von den Insel- und Festlandsgriechen weitgehend marginalisierten Peloponnesier verweigerten der Zentralregierung

34 *Dakin*, Greek Struggle (wie Anm. 7), 89.

35 Ausführlich *Dakin*, Greek Struggle (wie Anm. 7), 91 ff. und Brewer, War of Independence (wie Anm. 16), 79 ff.

36 Zum Folgenden: *Ioannis Zelepos*, Die Aufstandsregierungen im griechischen Unabhängigkeitskrieg von 1821, in: Karsten Ruppert (Hrsg.), Institutionen revolutionärer Macht in den europäischen Revolutionen der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Erscheint demnächst. Vgl. auch noch Hering, Politische Parteien (wie Anm. 2), 76 ff. Das „organische Gesetz von Epidauros“ vom 29.3.1823: Quellen zur europäischen Verfassungsgeschichte II (wie Anm. 30).

37 *Clogg*, Geschichte Griechenlands (wie Anm. 6), 60 f.

38 *Mendelssohn Bartholdy*, Geschichte Griechenlands I (wie Anm. 29), 325 ff.